13.3.2010 - merkur-online.de

## Druck auf den schweigenden Papst wächst

Hamburg - Papst Benedikt XVI. schweigt zum Missbrauchsskandal in der deutschen Kirche und rückt damit zunehmend ins Zentrum der Kritik.

"Wir sind enttäuscht, dass der Papst bisher kein mitfühlendes Wort für eine Bitte um Vergebung und Versöhnung gefunden hat", sagte der Sprecher der Reformbewegung "Wir sind Kirche", Christian Weisner, am Samstag der Deutschen Presse-Agentur dpa. Es reiche nicht aus, dass der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz nach einer Papst-Audienz - so wie am Freitag - nur berichte, dass das Oberhaupt der Kirche erschüttert sei.

Unterdessen sieht sich Papst-Bruder Georg Ratzinger mit neuen Details aus seiner Zeit bei den Regensburger Domspatzen konfrontiert. Die Politik debattiert über Konsequenzen aus dem Skandal, der nicht nur die katholische Kirche betrifft.

Der Vatikan wandte sich gegen direkte Angriffe auf den Papst: "In den letzten Tagen gab es einige, die mit einer gewissen Verbissenheit in Regensburg und in München nach Elementen gesucht haben, um den Heiligen Vater persönlich in die Missbrauchsfragen mit hineinzuziehen", sagte Sprecher Federico Lombardi in Rom. Diese Versuche seien jedoch gescheitert, meinte Lombardi.

"Wir sind Kirche" sieht dagegen Erklärungsbedarf zu Joseph Ratzingers Zeit als Münchner Erzbischof 1977 bis 1982. Am Freitag hatte das Bistum Informationen der "Süddeutschen Zeitung" (Samstag) bestätigt, dass Ratzinger damals im zuständigen Gremium zustimmte, einen vorbelasteten Priesters von Essen nach München zu versetzen. Später schickte das Bistum den Mann in eine Gemeinde, in der er erneut Kinder missbrauchte und deshalb auch verurteilt wurde.

Weisner von "Wir sind Kirche" widersprach der Ansicht des Münchner Erzbistums, wonach der frühere Generalvikar Gerhard Gruber die "volle Verantwortung" in diesem Fall trage. Die letzte Verantwortung habe bei Ratzinger gelegen - wegen des "hierarchischen Prinzips" in der Kirche, meint die Gläubigen-Organisation.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete, Missbrauch bei den weltbekannten Regensburger Domspatzen, die Papst-Bruder Georg Ratzinger von 1964 bis 1994 leitete, habe es bis in die 90er Jahre hinein gegeben. Bisher ging es dort um Vorwürfe aus den 50er und 60er Jahren. Ein Ex-Schüler sagte, er sei in dem Internat bis 1992 von älteren Schülern vergewaltigt worden. In der Wohnung eines Präfekten sei es zu Verkehr zwischen Schülern gekommen. Ratzinger habe er als "extrem cholerisch und jähzornig" erlebt. Vor ein paar Tagen hatte Ratzinger gesagt, von sexuellem Missbrauch nichts mitbekommen zu haben. Er bereute, früher geschlagen zu haben.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, brachte in der "SZ" ins Gespräch, das Eheverbot für katholische Priester - das Zölibat - zu lockern. Die sei "ein Weg". Die Kirche müsse "Konsequenzen struktureller Art ziehen und dabei reflektieren, ob es kirchenspezifische Bedingungen gibt, die den Missbrauch begünstigten." Der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke stellte die Pflicht zur Ehelosigkeit im "Hamburger Abendblatt" ebenfalls infrage.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) forderte mehr Details zu den Skandalen, die in den vergangenen Wochen ans Licht kamen. "Um das Ausmaß der Missbrauchsfälle vollständig

erfassen und bewerten zu können, wäre es hilfreich, wenn dazu möglichst umfassendes und belastbares Zahlenmaterial von den betroffenen Institutionen vorgelegt würde", sagte sie der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" (FAS).

Zugleich regte die FDP-Politikerin eine unabhängige Kommission an. Der Blick auf Länder wie Irland oder Amerika zeige, dass unabhängige Experten einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung leisten könnten. Auch die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth forderte in der "Bild am Sonntag" die Regierung auf, eine solche Kommission einzusetzen.

Die Grünen-Politikerin Antje Vollmer wertete den Runden Tisch der Regierung zum Kindesmissbrauch ab 23. April in der "Welt am Sonntag" als Ausdruck von Hilflosigkeit ohne parlamentarische Legitimation. Der Runde Tisch war von Familienministerin Kristina Schröder und Bildungsministerin Annette Schavan (beide CDU) initiiert worden.

Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers sagte der "Rheinpfalz am Sonntag", mit Runden Tischen lasse sich das Problem nicht lösen. Es werde zu viel über alte Vorfälle debattiert, dabei passierten jährlich 80 000 bis 120 000 Missbrauchsfälle.

Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) brachte in der "Passauer Neuen Presse" vorbeugende Therapien für Pädophile ins Gespräch. Pädophilie ist die sexuelle Neigung zu Vorpubertären; bei der Präferenz für Pubertierende sprechen Experten von Ephebophilie.

Seit Ende Januar sind viele Dutzend Missbrauchsfälle in fast allen 27 katholischen Bistümern Deutschlands bekannt geworden. Der Skandal nahm am Berliner Jesuitengymnasium Canisius-Kolleg seinen Ausgang. Die Generalsekretäre von SPD und CSU, Andrea Nahles und Alexander Dobrindt, warnten in der "FAS" davor, nur auf die Kirche zu sehen.

Die Schriftstellerin Amelie Fried (51), Ex-Schülerin des wegen Missbrauchs ins Kreuzfeuer geratenen Reforminternats Odenwaldschule, forderte in der "FAZ" den früheren Schulleiter Gerold Becker (73) auf, nicht mehr zu schweigen und sich bei Opfern zu entschuldigen. Sie berichtete unter anderem vom Zwang zum Strip-Poker in dem Internat. Beckers Lebensgefährte, der renommierte Pädagoge Hartmut von Hentig (84), hatte der "SZ" vom Freitag gesagt, er könne sich nicht vorstellen, dass Becker je den Willen eines Kindes brach.

Ein anderer Ex-Schüler der Odenwaldschule in Heppenheim verlangt laut "Frankfurter Rundschau" etwa 80 000 Euro Schadenersatz. Dies entspreche drei Jahresbeiträgen der Schule. Damit würde die Schule "ihre Verantwortung und ihre Schuld eingestehen".

dpa

Zuletzt geändert am 14.03.2010